



Sudetendeutscher Pressedienst (SdP)

Redaktion, Herausgeber, Medieninhaber:

Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich (SLÖ)

Bundespressereferat: A-1030 Wien, Steingasse 25

Telefon: 01/ 718 59 19*, Fax: 01/ 718 59 23

E-Mail: pressedienst@sudeten.at

Wien, 15. März 2005/GE

Zeihsel: Jetzt droht sogar die EU mit Veto

Utl.:Kroatien muss Kriegsverbrecher ausliefern, und Prag?

Jean-Claude Junkers droht der kroatischen Regierung damit, den für 17. März 2005 angesetzten Beginn für EU-Aufnahmeverhandlungen auszusetzen, sollte Kroatien bis dahin nicht General Gotovina an das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag ausliefern. Gotovina wird vorgeworfen, sich im Jugoslawienkrieg der 1990er Jahre an Kriegsverbrechen beteiligt zu haben. Was hier von Junkers, der derzeit den Vorsitz des EU-Rates leitet, als mögliche Verzögerung des Beginns von Beitrittsverhandlungen in den Raum gestellt wird, ist in Wahrheit eine knallharte Veto-Drohung gegen Zagreb/Agram.

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich (SLÖ) möchte an dieser Stelle aber an die Haltung der EU im Zusammenhang mit den Beneš-Dekreten und dem Straffreistellungsgesetz Nr. 115 erinnern. Die Beneš-Dekrete bildeten die rechtliche Grundlage für die entschädigungslose Enteignung und Entrechtung der vertriebenen Sudetendeutschen, das Straffreistellungsgesetz Nr. 115 erklärte alle Gewaltverbrechen, die im Zuge der Vertreibung an Sudetendeutschen verübt worden waren, für straffrei. Sowohl die Konfiskationsdekrete als auch das Straffreistellungsgesetz sind weiterhin in Kraft und Teil der tschechischen Rechtsordnung. Bis heute ist es daher auch nicht möglich, tschechische Kriegsverbrecher für ihre Untaten zur Verantwortung zu ziehen.

Die SLÖ erinnert hierbei auch an die Haltung der EU zum Veto gegen einen tschechischen EU-Beitritt, das von den Sudetendeutschen eingefordert worden war, sollten die Beneš-Dekrete und das Straffreistellungsgesetz Nr. 115 nicht bis zum EU-Beitritt aufgehoben werden. Damals hat man der SLÖ aus Brüssel, aus dem österreichischen Bundeskanzleramt und Außenministerium immer wieder erklärt, dass ein Veto den Integrationsprozess Europas und die Erweiterung der EU behindert und daher als politisches Mittel abzulehnen sei. Damals hat man gegenüber der SLÖ gemeint, dass man mit einem tschechischen EU-Mitglied viel eher über Möglichkeiten einer rechtlichen Klärung der sudetendeutschen Forderungen verhandeln wird können. Heute zeigt sich, dass sich Prag seit dem EU-Beitritt keinen Millimeter in dieser Frage bewegt hat.

Gerhard Zeihsel, Bundesobmann der SLÖ, meint zur Veto-Drohung gegen Kroatien: "Die EU macht sich unglaublich, wenn sie jetzt politische Mittel wie Vetodrohungen anwendet, gegen die sie sich noch vor einem Jahr ausgesprochen hat. Wenn man Kroatien die EU-Aufnahmeverhandlungen wegen Gotovina verweigert, fragt man sich, warum man in Brüssel bei tschechischen Kriegsverbrechern keine Bedenken hatte. "